

Kommentar: Die Zeche selber bezahlt

Die Milchwelt blickte nach Deutschland. Zehn Tage lang schütteten aufgebrachte Milcherzeuger rund 300 Mio. Liter ihres wertvollen Rohstoffs in die Güllegruben. Sogar ein japanisches Fernsteam übermittelte Bilder vom Lieferboykott auf die fernöstlichen Bildschirme. Nach den Aufräumarbeiten und dem Zusammenkehren der Scherben bleibt ein nüchternes Fazit: Die Milchpreise bilden sich nach wie vor am Markt und die Zeche haben die Milchbauern selbst zu bezahlen.



Die Straubinger Zeitung titelte am 19. Juli mit "Die Diktatur der Minderheit" und wies an dem Beispiel der Goldsteig-Käsereien darauf hin, dass sich nur 40% der Lieferanten am Milchstreik beteiligt haben. Den entstandenen Schaden in Höhe von EUR 1,6 Mio. müssen aber alle Lieferanten tragen: Der Milchpreis musste vier Wochen lang um 2,5 ct/kg gesenkt werden.

Ein bayerischer Milchbauer mit 20 Kühen schrieb in einem norddeutschen Forum, das für einen liberalen Milchmarkt eintritt: "Leider muss ich feststellen, dass sich das BDM-Programm mehr und mehr als Mogelpackung herausstellt. Wozu habe ich zehn Tage meine Milch weg geschüttet,

um im Juli nochmals zwei Cent weniger zu bekommen?"

Die Einschätzung des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM) klingt allerdings anders. Von Respekt verschafft ist die Rede und "wir sind auf Augenhöhe mit den Molkereien und dem Handel angekommen". Beeindruckend war – so die Meinung vieler kritischer Beobachter – die hohe Solidarität untereinander, und auch aus der Bevölkerung und dem Ausland.

Menschliche Beziehungen

Die Straubinger Zeitung griff noch einen weiteren Punkt auf: "Noch schlimmer als die finanziellen Folgen sind allerdings die zwischenmenschlichen: **Zwischen Streikenden und Nichtstreikenden haben sich tiefe Gräben aufgetan.**" BDM-Sympathisanten waren in der Wahl ihrer Methoden nicht immer zimperlich, schreibt die Autorin, wenn es galt, die Interessen durchzusetzen. Sie zitiert einen Milchbauern, der sich am Streik nicht beteiligt hatte: "Das Ziel des BDM ist richtig, doch die Methode ist falsch."

Der BDM zeichnet das Bild einer deutschen Landwirtschaft als Insel, die von den Wogen des Weltmarktes unberührt, Milchpreise von 43 ct/kg für jeden Milcherzeuger ermöglicht. So kommentierte Land & Forst am 24. Juli. Und stellte fest: "Wunschdenken ist bei unternehmerischen Entscheidungen auf den Höfen jedoch kein guter Ratgeber."

Der Streikverlauf machte deutlich, dass mit einem Lieferboykott die Regale im Supermarkt nicht leer wurden. Erst das rechtswidrige Blockieren der Werkszufahrten brachte punktuell eine Versorgungsknappheit im Handel. Viele Molkereien hatten sich auf verringerte Liefermengen eingestellt. So kamen aus Frankreich während dieser zehn Tage rund 60 Mio. kg Milch. Die Franzosen erklärten sich zwar solidarisch mit den Zielen ihrer deutschen Kollegen, aber die eigene Genossenschaft bestreiten – das machten sie nicht.

Sollte ein Milchlieferstopp stattfinden, schrieb ein Geschäftsführer einer Ostallgäuer Genossenschaftsmolkerei in seinem April-Rundschreiben an die Lieferanten, werden danach alle um eine Erfahrung reicher sein. Da die Lieferstreiks mit bedeutsamen Mengen nur in Deutschland stattfanden, sind Lieferanten und Molkereien europaweit und regional unterschiedlich betroffen. "Denn letztendlich werden dadurch nicht nur die Kosten des Lieferstopps ungerecht verteilt", so eine weitere Allgäuer Genossenschaftsmolkerei, "sondern auch unser Image als Unternehmen leidet darunter. Bei vielen ausländischen Kunden werden wir zum Beispiel nicht mehr als zuverlässig eingestuft und so nur noch als B-Kunden geführt (B bedeutet, bei Überhängen wird man als Lieferant zuerst ausgelistet)." Ein Genossenschaftsvorsitzender erklärte nach dem Verlust von Abnahmeverträgen: "Wir müssen uns jetzt wieder in unsere alten Verträge einkaufen, allerdings mit niedrigeren Preisen." Wem diese Rechnung präsentiert wird, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Warten auf Milchgeld

Die Euphorie des Versandhandels mit Milch kommt jetzt einigen Hundert norddeutschen Landwirten teuer zu stehen. Beim Milchpreisboom Mitte des Vorjahres waren sie die Ersten, die von Auszahlungspreisen über 40 Cent profitierten. Der einbrechende Markt zum Ende des Jahres ließ schnell Ernüchterung einkehren. Die Milchhanse und die BDM Frei Milch AG stecken in erheblichen Zahlungsproblemen,

seit die Preise für Versandmilch auf Tiefststände gesunken sind. Die Hanse-Lieferanten erhielten für den Mai noch 16 ct/kg Milchgeld, eine Liquidation soll die Insolvenz verhindern. Schlimmer traf es die BDM Freie Milch-Lieferanten, ihnen wurden für den April gerade mal 5 ct/kg angeboten.

Das Fazit ist ernüchternd: Mit frei gehandelter Milch kann viel Geld verdient werden, wenn der Rohstoff Milch knapp ist. Bei einem Überangebot beginnt sofort die Talfahrt. Insider wissen es, Versandhandel mit Milch ist wie ein Pokerspiel. In diesem Fall lautet die lapidare Feststellung: "Hoch gepokert und hoch verloren!" Aufgrund der Vorkommnisse wissen viele Milchbauern wieder den Vorteil einer festen Geschäftsbeziehung zu einer Molkerei zu schätzen. Die Preise sind zwar nicht immer die höchsten, aber der Schlaf wird ruhiger.

"Deshalb fordern wir alle Mitglieder - ob am Lieferstopp beteiligt oder nicht - auf", so die Bitte einer bayerischen Molkerei an die Lieferanten, "die Auseinandersetzungen zu beenden und wieder gemeinsam die Genossenschaft weiter zu entwickeln, zum Wohle aller!"

Und die Agrarpolitik? Sie ist derzeit geprägt von reiner Wahlkampfaktik – die Landtagswahl in Bayern am 28. September: Der Berliner Milchgipfel endete mit Willensbekundungen und Zusagen, die Zusammenhänge zu überprüfen. Agrarberichte werden zurückgehalten, die für Milchbauern ein sattes Einkommens-Plus ausweisen. Mit einem neuen Umrechnungsfaktor – von 1,02 zu 1,03 kg je kg Milch - wird ein Nullsummenspiel erreicht. Den Bauern aber nicht erklärt, dass es leider so ist. Die Abschaffung der Molkereisaldierung hat europaweit einen minimalen Mengeneffekt, schmälert aber insgesamt die Einkommen der deutschen Milcherzeuger – vor allem in Bayern, der Region mit den höchsten Überlieferungen. Hochrechnungen gehen davon aus, dass es bundesweit zu EUR 150 bis 200 Mio. Milchgeldeinbußen kommt. Diese Marktanteile werden europäische Mitbewerber bestimmt nicht ungenutzt lassen. Hoffentlich ist die Politik nach dem Wahltag in der Lage, diese Ideologien ins rechte Licht zu rücken, Vernunft einkehren zu lassen, und die Gläubigen einer Planwirtschaft vor sich selber zu schützen.

Autor: Karl Schweinberger, VDAJ München 16.09.2008

© 2008 by www.lk-oe.at | office@lk-oe.at
Landwirtschaftskammer Österreich | 1010 Wien, Schaufelgasse 6 | +43 (1) 53 441 - 8520